Deutscher Bundestag **Drucksache 19/7765**

19. Wahlperiode 13.02.2019

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Beschlussempfehlung und Bericht

des Finanzausschusses (7. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Albrecht Glaser, Franziska Gminder, Kay Gottschalk, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/1844 –

Abschaffung der kalten Progression als heimliche Steuererhöhungen bei der Einkommenssteuer

A. Problem

Durch die Steigerung der Lebenshaltungskosten (Inflation) liegen die realen Einkommenszuwächse unterhalb den nominalen Einkommenserhöhungen. Dagegen wird die Einkommensteuer auf den Nominalbetrag des Einkommens erhoben. Da der Einkommensteuertarif progressiv ausgestaltet ist, steigt bei unverändertem Tarif die Steuerbelastung der Einkommensteuerzahler daher allein schon deshalb an, wenn sich das Einkommen nominal erhöht, selbst wenn es inflationsbereinigt (real) unverändert bleibt. Dieses Phänomen wird als „kalte Progression“ bezeichnet.

B. Lösung

Der Antrag der Fraktion der AfD sieht vor, dass der Deutsche Bundestag die Bunderegierung auffordert, zeitnah gesetzgeberische Lösungsmodelle zur Beratung in den Bundestag einzubringen, welche geeignet sind, die Effekte heimlicher Steuererhöhungen möglichst zu vermeiden, mindestens jedoch einen jeweils zeitnahen äquivalenten Belastungsausgleich für alle Steuerbürger zu gewährleisten.

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Der Antrag diskutiert keine Alternativen.

D. Kosten

Der Antrag benennt keine Kosten.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 19/1844 abzulehnen.

Berlin, den 13. Februar 2019

Der Finanzausschuss

Bettina Stark-Watzinger
Vorsitzende

Olav Gutting
Berichterstatter

Dr. Wiebke Esdar
Berichterstatterin

Markus Herbrand
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

Bericht der Abgeordneten Olav Gutting, Dr. Wiebke Esdar, Markus Herbrand

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/1844** in seiner 29. Sitzung am 26. April 2018 dem Finanzausschuss zur federführenden Beratung sowie dem Haushaltsausschuss zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Der Antrag der Fraktion der AfD sieht vor, dass der Deutsche Bundestag

I. die Problematik der „kalten Progression“ gemäß der Darstellung im Antrag feststellt; und

II. die Bundesregierung auffordert, zeitnah gesetzgeberische Lösungsmodelle zur Beratung in den Bundestag einzubringen, welche geeignet sind, die Effekte heimlicher Steuererhöhungen möglichst zu vermeiden, mindestens jedoch einen jeweils zeitnahen äquivalenten Belastungsausgleich für alle Steuerbürger zu gewährleisten.

III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag in seiner 31. Sitzung am 13. Februar 2019 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Finanzausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/1844 in seiner 30. Sitzung am 13. Februar 2019 erstmalig und abschließend beraten.

Der Finanzausschuss empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD Ablehnung des Antrags auf Drucksache 19/1844.

Die Fraktionen stimmen überein, dass der vorliegende Antrag aufgrund der bereits erfolgten Befassung des Finanzausschusses mit der zugrundliegenden Thematik überholt ist.

Petition

Der Petitionsausschuss hatte dem Finanzausschuss eine Bürgereingabe übermittelt.

Mit der am 8. Februar 2018 eingereichten Petition (Ausschussdrucksache 19(7)60) wird gefordert, dass die kalte Progression abgeschafft und ein vergleichbarer Automatismus wie bereits bei der Diätenanpassung geschaffen wird.

Nach § 109 der Geschäftsordnung hat der Petitionsausschuss den federführenden Finanzausschuss zur Stellungnahme zu dem Anliegen aufgefordert. Der Finanzausschuss hat die Petition in seine Beratungen einbezogen. Die Forderung der Petition entspricht dem Grundanliegen des Antrags auf Drucksache 19/1844.

Zu Verlauf und Gegenstand der Ausschussberatungen wird auf den vorstehenden Bericht verwiesen. Außerdem hat sich der Finanzausschuss in der 19. Wahlperiode bereits im Rahmen des Familienentlastungsgesetzes mit der Frage der kalten Progression beschäftigt. Hierzu wird auf Beschlussempfehlung und Bericht des Finanzausschusses zum Familienentlastungsgesetz auf Drucksache 19/5583 verwiesen.

Berlin, den 13. Februar 2019

Olav Gutting
Berichterstatter

Dr. Wiebke Esdar
Berichterstatterin

Markus Herbrand
Berichterstatter

Vorabfassung - wird durch die lektorierte Fassung ersetzt.